



Zuger Wirtschaftskammer verurteilt Angriffskrieg auf die Ukraine aufs Schärfste

Die Zuger Wirtschaftskammer ist entsetzt über den seit Wochen anhaltenden Krieg in der Ukraine, der unermessliches Leid über die Zivilbevölkerung bringt und auch die Weltwirtschaft massiv trifft. An seiner Sitzung vom 12. April 2022 hat der Vorstand deshalb intensiv über die Dimensionen und Auswirkungen dieses Krieges in Europa geredet und seine Haltung klar definiert:

- Der Wirtschaftsverband verurteilt den Angriffskrieg Russlands und die im Rahmen der kriegerischen Auseinandersetzungen begangenen Verbrechen aufs Schärfste.
- Die ZWK als Vertreterin von über 420 Unternehmen im Kanton Zug unterstützt die vom Bundesrat initiierten Wirtschaftssanktionen vollumfänglich. Deren konsequente Umsetzung in der Schweiz und im Kanton Zug erachten wir als zentral.
- Die Flüchtlingswelle, die der Kanton Zug zu bewältigen hat, ist gross. Die ZWK als Vertreterin der Wirtschaft fördert eine rasche und sinnvolle Beschäftigung von Fachkräften aus der Ukraine mittels Information oder Diskussionsplattformen für die Mitglieder – zum Beispiel an der Online-Veranstaltung vom 3. Mai «Fachkräfte aus der Ukraine – Chance oder Risiko für Zuger Firmen?», die gemeinsam mit Zug West durchgeführt wurde.
- Zur DNA der Kantons Zug gehört eine offene, tolerante Haltung gegenüber allen Nationalitäten. Der Krieg in der Ukraine soll und darf nicht dazu führen, dass russischstämmige Bürgerinnen und Bürger im Kanton Zug nun plötzlich als Feinde wahrgenommen und respektlos behandelt oder gezielt ausgegrenzt werden.
- Der Ukraine-Konflikt hat auch die Debatte um die Sicherung der Energieversorgung der Schweiz befeuert. Die Zuger Wirtschaftskammer sieht sich dadurch in ihrem Engagement für eine nachhaltige Wirtschaft bestätigt. Die von der ZWK finanzierte Studie «Green Check Zug» erklärt, wie und warum der Kanton Zug rasch auf erneuerbare Energieträger umsteigen soll. Die in den letzten Wochen intensiv diskutierte Abhängigkeit vom russischen Gas und Öl sollte Wirtschaft und Gesellschaft zusätzlich zu unverzüglichem Handeln anspornen.